



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER AUGUST 2026

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLIICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

in vielen Bundesländern hat im Juli bereits die Urlaubszeit begonnen. Bei uns in Bayern ist das anders: Die Schulen laufen noch ein paar Tage, die Volksfeste prägen den Sommer und es gibt viele schöne Begegnungen. Die helfen uns vielleicht dabei, diese unsägliche Fußball-Weltmeisterschaft zu vergessen.

Vielleicht können wir wenigstens aus dem Scheitern in den USA etwas lernen: Deutschland gehört schon länger nicht mehr zur Weltspitze. Das mahnt zu mehr Bescheidenheit und realistischen Erwartungen. Weltmeister wurde vielmehr eine Mannschaft, die als Team überzeugt hat, ohne sich auf Superstars zu verlassen. Das ist die eigentliche Botschaft dieser WM: Jede und jeder wird gebraucht. Jeder trägt zum gemeinsamen Erfolg bei. Dafür braucht es aber auch Vertrauen und Wertschätzung. Das hat der damalige Bundestrainer schon nicht richtig hinbekommen – und das fehlt mir auch, wenn ich unserem Bundeskanzler so zuhöre.

Jetzt steht aber erstmal der August bevor und damit für viele endlich die Ferienzeit. Ich wünsche uns allen erholsame Tage, viele gute Begegnungen und Ihnen einen schönen, WM-freien Sommer.

Gute Lektüre!

Ihr/ Dein

Bernd Rützel

4



Rente

6



BPA-Fahrt

10



GKV-Reformpaket

13



25 Jahre ver.di WÜ/AB

KLARTEXT

BERLINFahrten MIT MIR SIND KEINE KAFFEEFahrten!



sche Bildung.

Mir ist wichtig, dass meine Gäste aus MIL, MSP, AB und WÜ sehen, wie unsere Demokratie funktioniert: den Bundestag, die Ausschüsse, die Ministerien, die Arbeit der Abgeordneten und der vielen Beschäftigten, die jeden Tag dafür sorgen, dass unser Staat funktioniert. Wer einmal im Plenarsaal gesessen, mit Abgeordneten diskutiert oder einen Blick hinter die Kulissen eines Ministeriums geworfen hat, versteht Politik anders als nach fünf Minuten in den sozialen Medien. Natürlich gehören auch eine Stadtrundfahrt, ein Besuch im KaDeWe oder Zeit für eigene Eindrücke dazu. Berlin ist schließlich eine faszinierende Stadt. Aber damit darf es nicht getan sein.

Wenn ich zu Berlinfahrten einlade, sind das keine Kaffeefahrten. Das sage ich ganz klar. Diese Reisen werden vom Bundespresamt organisiert und bezahlt – und ihr eigentlicher Zweck ist politische Bildung.

Denn Berlin ist auch ein Ort, an dem die dunklen Kapitel unserer Geschichte sichtbar sind: Die Mauer, die Menschen jahrzehntelang trennte. Die Gebäude, von denen aus die Nazis Terror und Krieg organisierten. Und die Orte, an denen die DDR ihre eigenen Bürger einsperrte, verhörte und misshandelte – etwa das Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen oder die Gedenkstätte Lindenstraße. Folter und Menschenrechtsverletzungen mitten in Deutschland, an Deutschen, von Deutschen, vor 1945 aber auch noch lange Zeit danach – auch das gehört zu unserer Geschichte, ob es uns gefällt oder nicht.

Ich finde: Wer Berlin besucht, sollte beides sehen – die lebendige Demokratie von heute und die Orte, an denen Freiheit und Menschenwürde mit Füßen getreten wurden. Gerade dieser Gegensatz macht deutlich, warum unsere demokratische Ordnung so wertvoll ist und warum wir sie jeden Tag verteidigen müssen. Das ist der eigentliche Sinn dieser Berlinfahrten. Nicht nur schöne Bilder, sondern ein besseres Verständnis für unser Land.

ZITAT DES MONATS

„Nicht, was er mit seiner Arbeit erwirbt, ist der eigentliche Lohn des Menschen, sondern, was er durch sie wird.“

John Ruskin

1819 - 1900, englischer Schriftsteller, Maler, Sozialreformer und Kunsthistoriker

RENTEN-FAKTEN Teil V

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland gilt als das älteste soziale Sicherungssystem der Moderne und hat sich über fast 140 Jahre hinweg gegen Kriege, Währungsreformen und Krisen behauptet. Im Jahr 1923 kam eine besonders schwere Belastungsprobe auf die Rentenversicherung zu. Die Hyperinflation pulverisierte jegliche Geldwerte. Wie hat die gesetzliche Rentenversicherung diese Krise überstanden?

Bis 1923 funktionierte die gesetzliche Rente noch nach dem Kapitaldeckungsverfahren. Das bedeutet, dass die Beiträge der Versicherten angespart und am Kapitalmarkt, damals vor allem in Staatsanleihen, angelegt wurden, um daraus Renten zu zahlen. Durch die Hyperinflation wurden die mühsam angesparten Rücklagen der Rentenversicherung fast vollständig vernichtet. Das angesammelte Vermögen von Jahrzehnten war über Nacht wertlos geworden.

Die Rettung kam am 15. November 1923 mit der Einführung der Rentenmark. Eine Billion alte Papiermark wurden in genau eine neue Rentenmark

umgetauscht. Da die neue Währung durch Sachwerte (Hypotheken auf Grundbesitz und Industrie) gedeckt war, stabilisierten sich die Preise schlagartig. Rentnerinnen und Rentner bekamen nun wieder echtes, wertstabiles Geld ausgezahlt, auch wenn die Beträge anfangs nur knapp über dem Existenzminimum lagen.

Da keine Kapitalrücklagen mehr existierten, blieb der Rentenversicherung nichts anderes übrig, als die laufenden Beiträge der Versicherten sofort an die aktuellen Rentner auszusahlen. Dies war die Geburtsstunde des reinen Umlageverfahrens in der Praxis. Der Staat stützte die Rentenkasse außerdem mit Steuergeldern, um den sozialen Frieden zu sichern.

Die Krise von 1923 bewies die enorme Widerstandskraft der gesetzlichen Rentenversicherung. Während private Lebensversicherungen und Ersparnisse der Bürger komplett verschwunden sind, blieb der gesetzliche Anspruch auf die Rente bestehen und wurde durch das neue Umlagesystem für die Rentnerinnen und Rentner in die Tat umgesetzt.

Zusammen wachsen

Mutig für Aufschwung und Beschäftigung



Unser Reformpaket für Aufschwung und Beschäftigung:
Für Infos hier klicken!





RENTE

KRITIK AN KOMMISSIONSPLÄNEN

Man geht nicht einfach über Nacht in Rente, sondern plant oft jahrelang. Deshalb braucht es Sicherheit. Ich sage: Wer 55 ist, muss sich darauf verlassen, mit 65 ohne Abschlüsse in Rente gehen zu können, wenn er 45 Versicherungsjahre voll hat. Das wurde bundesweit in vielen Medien aufgegriffen. Denn auch die Vorsitzende der Rentenkommission der Bundesregierung, Constanze Janda, hält eine Übergangsfrist für geboten. Allerdings kürzer. Die Kommission hatte eine Abschaffung der abschlussfreien sogenannten „Rente mit 63“ empfohlen, die ursprünglich ab einem Alter von 63 Jahren möglich war. Inzwischen gilt dies ab 64 Jahren und vier Monaten und steigt ohnehin auf eine Altersgrenze von 65 Jahren an.

Ich fordere einen langjährigen Vertrauensschutz. Hier braucht es Sicherheit! Mit der Mainpost hatte ein längeres Gespräch. Auf die Vorschau klicken und lesen (Bezahlschranke):

U.a. auch der SPIEGEL und der STERN haben meine Aussage aufgegriffen. Vorschau anklicken:

SPD-Sozialexperte fordert Zehn-Jahres-Frist bis zu Abschaffung der „Rente mit 63“

06. Juli 2026 • 08:47 Uhr

german reform

SPD-Sozialexperte fordert Zehnjahresfrist fürs Ende der »Rente mit 63«

Wegen der Rente hatten sich Union und SPD wochenlang in der Wolle. Nun wollen verschiedene Politiker einen Teil des Reformpakets um Jahre nach hinten verschieben – und verweisen auf das Bundesverfassungsgericht.

Im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich mich ebenfalls deutlich positioniert. Das Video dazu gibt es ► **HIER** ◀ auf meiner Homepage.



Und mein Klartext-Video in den Sozialen Medien gibt es ► **HIER** ◀ zu sehen.

MP+ GEMÜNDEN/BERLIN

Aus für die Rente mit 63: SPD-Abgeordneter Bernd Rützel lehnt Vorschlag der Kommission ab

Kommt die Reform der Alterssicherung, wie von der Rentenkommission empfohlen? Warum der SPD-Sozialexperte aus Gemünden nicht mit einer schnellen Lösung rechnet.

TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

TOP: STOPP FÜR RAMSCHWAREN

Seit Juli gilt in der EU eine Drei-Euro-Importsteuer auf Kleinpakete mit einem Warenwert von weniger als 150 Euro aus Nicht-EU-Ländern. Damit reagiert die EU auf die drastisch gestiegene Billigpaket-Flut durch Online-Plattformen wie Temu, Shein und Aliexpress. Die Abgabe fällt nicht pauschal pro Paket an, sondern pro Warenkategorie. Werden z.B. ein Spielzeug, ein Ventilator und ein T-Shirt aus China versandt, müssen 3 mal 3 Euro zusätzlich an den Zoll bezahlt werden. Sind in einem Paket 4 T-Shirts, bleibt es bei 3 Euro. Die Abgabe gilt bis zur EU-Zollreform am 01.07.2028.

FLOP: VERSPEKULIERT

Mindestens 17 Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigungen (KV) haben millionenschwere Verluste mit Investments in Immobilienfonds erlitten. Sie sollen insgesamt mindestens 170 Millionen Euro über Umwege in Immobilienfonds gesteckt haben, berichteten NDR, WDR und die „Süddeutsche Zeitung“. Diese Fonds seien später in Schieflage geraten und verloren mutmaßlich den allergrößten Teil der Beitragsgelder, die nun den Kassen und KVen fehlen. Das muss nun umfassend aufgeklärt werden!



Pixabay / nikolayhg

BAFÖG-REFORM

MEHR GELD, MEHR VERLÄSSLICHKEIT

Nach intensiven Verhandlungen innerhalb der Koalition konnte in der letzten Sitzungswoche eine Einigung zur BAföG-Reform erzielt werden. Für Studierende ohne wohlhabende Eltern bedeutet die Reform: mehr Geld, mehr Verlässlichkeit, weniger Bürokratie. Nun müssen wir im Spätsommer zügig in das parlamentarische Verfahren einsteigen. So sieht die Einigung aus:

- Die Wohnkostenpauschale steigt zum Sommersemester 2027 von 380 Euro auf 440 Euro.
- Die Bedarfssätze steigen zum Wintersemester 2027/28 auf 503 Euro und zum Sommersemester 2029 auf 563 Euro.
- Die Freibeträge werden ab dem Wintersemester 2028/29 jährlich um 1,5 Prozent erhöht.
- Es gibt eine verlässliche und transparente Regelung zur Überprüfung und Anpassung der Fördersätze am Grundsicherungsniveau ab 2030.
- Der Leistungsnachweis ab dem fünften Fachsemester fällt weg.
- Die Antragstellung soll grundsätzlich über BAföG digital erfolgen.



Bundesregierung/ Stadt-Land-Mensch Fotografie

BPA-FAHRT

UNTERFRANKEN IN BERLIN

Politik, Gesellschaft, Geschichte und Kultur sind die vier Eckpunkte bei meinen politischen Bildungsfahrten nach Berlin. Auf seine Einladung hin hatten unlängst wieder 50 Gäste aus Main-Spessart, Miltenberg, Aschaffenburg und Würzburg Stadt und Land die Gelegenheit, sich einen eigenen Eindruck vom politischen Berlin zu verschaffen.

Wie funktioniert unsere Demokratie, welchen Gefahren ist sie ausgesetzt und was können wir gemeinsam tun, um sie zu erhalten, waren die Fragen, die bei den einzelnen Programmpunkten immer wieder im Fokus standen und die die Gäste auch im Nachgang weiter beschäftigten. Beim Informationsgespräch in der Bundeszentrale für politische Bildung, wurde beispielsweise die Systematik von Populismus, gesellschaftlicher Polarisierung, Fake News, Verschwörungserzählungen und zunehmen-

der Radikalisierung über die sozialen Medien anschaulich erklärt. Wie der Deutsche Bundestag arbeitet und was seine Aufgaben sind, erfuhr die Gruppe beim anschließenden Besuch des Reichstagsgebäude und des Plenarsaals. Im Gespräch mit mir hatte ich an meine Gäste diese Botschaft: „Es ist ein großer Fehler, die Errungenschaften unserer Demokratie selbstverständlich zu nehmen. Nach dieser Fahrt sind Sie alle Botschafterinnen und Botschafter der Demokratie.“

Weitere Stationen der 4-tägigen Fahrt waren unter anderem die Gedenkstätten Lindenstraße und Leistikowstraße Potsdam als Haft- und Gerichtsort im Nationalsozialismus und später Untersuchungsgefängnis der sowjetischen Geheimpolizei und des MfS der DDR. Das Deutschlandradio-Funkhaus, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, sowie eine Stippvisite an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock während der Stadtrundfahrt waren weitere Tagesordnungspunkte.

BERLIN

DEUTSCH-KANADISCHER AUSTAUSCH



Büro Rützel

Seit 2025 ist Vera Alexander kanadische Botschafterin in Deutschland. Als Vorsitzender der Deutsch-Kanadischen Parlamentariergruppe ist mir der regelmäßige und direkte Austausch sehr wichtig. Gleiches gilt auch für die einzelnen Provinzen Kanadas, weshalb ich die Einladung als Ehrengast zum Nationalfeiertag der kanadischen Provinz Québec in Berlin sehr gerne wahrgenommen habe (im Bild v.l. mit Evelyne Coulombe, der Gesandten und stellv. Leiterin der Botschaft von Kanada in Deutschland, und Geneviève Rolland, Leiterin der Vertretung der Regierung von Québec in Berlin). „Saint-Jean“, wie der Nationalfeiertag von Québec im Volksmund genannt wird, geht zurück auf den Johannistag (24.06.) 1834 als das Fest erstmals gefeiert wurde. Auf viele weitere gute Jahre in Freundschaft!

PRAKTIKUM

Spannende und arbeitsintensive Tage vor der parlamentarischen Sommerpause konnte Emma Janßen aus Eußenheim erleben. Im Rahmen eines Prakti-

kums begleitete mich die Studentin der Sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg bei meinen Terminen in Berlin. Später schnuppert sie dann noch in die Arbeit im Wahlkreisbüro in Gemünden rein. Danke schon jetzt für Deine Unterstützung!



Büro Rützel

SCHULEN IN BERLIN

In Berlin durfte ich gleich zwei Schulen begrüßen:



Büro Rützel

die Schülerinnen und Schüler des BalthasarNeumann-Gymnasiums aus Marktheidenfeld (oben) und die Schülerinnen und Schüler des Friedrich-List-Gymnasiums Gemünden (unten). Vielen Dank für Euren Besuch und die tolle Diskussion!



Stella von Saldern

UNSER PARTNER ITALIEN

Als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales habe ich zuletzt eine Delegation der italienischen Abgeordnetenversammlung unter Leitung des Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Walter Rizzetto, empfangen. Im Mittelpunkt unseres Gesprächs standen aktuelle Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Stimmung in der Bevölkerung beider Länder.



Büro Rützel

INKLUSIONSTAXI

Patrick Meinhardt und Sascha Waltemate vom Verband des privaten gewerblichen Straßenpersonentransports Nordrhein-Westfalen (VSPV) setzen sich für Inklusionstaxis ein. Ziel ist es, Menschen mit erheblichen Mobilitätseinschränkungen einen barrierefreien Tür-zu-Tür-Verkehr als Bestandteil der gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen. Im direkten Gespräch erklärten sie mir ihre Vorschläge für eine Verankerung des Inklusionstaxis im Sozialgesetzbuch. Als weitere Grundlage hat der VSPV die Broschüre „VSPV Politik aktuell – Inklusionstaxi“ erstellt, die wir uns nun genauer anschauen.



Büro Rützel

ZAHLE DES MONATS

67.800

So viele neue Ausbildungsverträge wurden zwischen Januar und Juni 2026 im Handwerk registriert: 3.160 Verträge beziehungsweise 4,9 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Einen solch hohen Juni-Wert gab es zuletzt 2018. Damit steuert das Handwerk auf das vierte Jahr in Folge mit steigen-

den Neuvertragszahlen zu und steigert gegen den Trend in der Gesamtwirtschaft die Ausbildungszahlen. Ein Lichtblick in einer schwierigen Lage. Und obwohl das Ausbildungsjahr in vielen Bundesländern bereits Anfang August beginnt, ist ein Ausbildungsstart noch bis in den Herbst hinein möglich. Über die Lehrstellenbörsen der Handwerkskammern werden noch Azubis für 20.460 offene Ausbildungsplätze gesucht.

UNTERWEGS MIT DER LANDESGRUPPE



Landesgruppe

Ende Juli waren wir den ganzen Tag mit der Landesgruppe Bayern in Bayern unterwegs. Erste Station: Die Lech-Stahlwerke (LSW) in Meitingen. Beeindruckend zu hören und vor allem zu sehen, was hier geleistet wird: Rund 1,1 Millionen Tonnen Qualitäts-, Bau- sowie Betonstahl werden hier jährlich produziert. Die LSW sind damit einer der bedeutendsten Lieferanten der europäischen Automobilindustrie und deren Zuliefererbetriebe. Und: Die LSW ist auch Bayerns größtes Recyclingunternehmen und trägt somit zur nachhaltigen Ressourcenschonung und zum Klimaschutz bei. Im Gespräch mit Werksleitung, Betriebsrat und IG Metall ging es dann auch um Grünen Stahl und die Absatzmärkte dafür sowie um Energiekosten und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Die zweite Station unserer Sommerreise führte uns zum Dominikus-Ringeisen-Werk in Meitingen. Vor fünf Jahren wurde die neu gebaute Werkstatt für Menschen mit Behinderungen eröffnet. Heute arbeiten hier 65 Menschen mit Beeinträchtigung und fer-

tigen u.a. Deko- und Keramikwaren. Montage und Verpackung sowie Landschaftspflege und Naturwerkstatt sind zwei weitere Arbeitsschwerpunkte. Ich kenne das Dominikus-Ringeisen-Werk auch aus meiner Heimatregion, wo es auch rund um Aschaffenburg und Würzburg tätig ist. Vielen Dank für diese tollen Einblicke.



Landesgruppe

TREFFEN MIT GEISTLICHEN AUS DER HEIMAT

Ich traf Pfarrvikar Benjamin Odo aus Rieneck (li.) und Pfarrer Johannes Werst aus Wolfsmünster (re.) im Rahmen der Berlin-Fahrt des Bundespresseamts auf der Kuppel des Reichstags. Ich freue mich immer über Besuch aus der Heimat. Der Austausch über Kirche, Politik und Heimat war besonders anregend für mich als bekennenden Christen.



Bundesregierung/ Stadt-Land-Mensch Fotografie



GKV-BEITRÄGE

GESETZ STABILISIERT DIE KOSTEN

Faire Lastenteilung bei der Gesetzlichen Krankenversicherung, damit alle zur Konsolidierung des Systems beitragen: Das ist das Ziel des Beitragsstabilisierungsgesetzes für die Gesetzlichen Krankenkassen (GKV).

Deutschland gibt im internationalen Vergleich sehr viel Geld für Gesundheit aus. Gleichzeitig sehen wir bei Qualität, Steuerung und Effizienz erhebliches Verbesserungspotenzial. Die gesetzlichen Krankenkassen steuern auf ein Defizit in Milliardenhöhe zu. Während die Einnahmen stabil sind, sind die Ausgaben zuletzt deutlich gestiegen. Mit dem GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz sorgen wir jetzt dafür, dass die Beiträge stabil bleiben und mehr Menschen gesetzlich versichert werden. Wir verteilen die Lasten solidarisch, so dass starke Schultern mehr tragen. Leistungskürzungen und steigende Zuzahlungen werden vermieden und Beitragszahler spürbar entlastet.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir als SPD-Fraktion dabei entscheidende Verbesserungen gegenüber der Gesetzesvorlage aus dem CDU-Ministerium erreicht. Für uns war es ein zentrales

Anliegen, die Lasten der Konsolidierung gerechter zu verteilen. Wir konnten den Anteil, den die Versicherten zur Konsolidierung beitragen müssen, von ursprünglich 26 Prozent auf perspektivisch rund 14 Prozent senken. Trotz eines im Verlauf der Beratungen deutlich gestiegenen Konsolidierungsbedarfs – von ursprünglich 15,3 Milliarden Euro auf zuletzt 18,8 Milliarden Euro.

Pharmaindustrie, Krankenhäuser und Leistungserbringer tragen dazu ihren gerechten Anteil bei. Durch die Anhebung der Versicherungspflichtgrenze bleiben Gutverdiener länger in der gesetzlichen Krankenversicherung und der Wechsel in die private Krankenversicherung wird erschwert. Zudem werden Arzneimittelpreise begrenzt, Verwaltungskosten gedeckelt und unwirksame Sonderzahlungen für Arzttermine abgeschafft. Bei teuren Behandlungen im Krankenhaus führen wir ein Zweitmeinungsverfahren ein und stärken die Abrechnungsprüfung.

Wir als SPD-Fraktion haben soziale Härten, die der Koalitionspartner unbedingt durchdrücken wollte, am Ende doch vermeiden können, indem wir Kürzungen beim Krankengeld verhindert haben. Auch die ursprünglich geplante Dynamisierung der Zuzahlungen für Medikamente wurde vollständig gestrichen und der Ausstieg aus der beitragsfreien Familienversicherung deutlich familienfreundlicher ausgestaltet. Gerade diese Verbesserungen tragen eine klare sozialdemokratische Handschrift. Zudem wird der Bund in die lange umstrittene und kontrovers diskutierte Finanzierung der Gesundheitskosten für Grundsicherungsempfänger einsteigen.

Mehr Informationen zum Thema gibt es ► **HIER** ◀



Julia Nowak, Deutscher Bundestag

ARBEIT & SOZIALES

KURIER-, EXPRESS- UND PAKETDIENSTBRANCHE

Täglich leisten die Fahrerinnen und Fahrer bei den Paketunternehmen unter extremem Zeitdruck harte körperliche Arbeit, damit unsere Pakete pünktlich ankommen. Und wir alle sehen täglich, dass die Flut der Pakete immer noch weiter zunimmt. Inzwischen kann man sich alles liefern lassen, vom Katzenstreu bis zum Feuerholz.

Leider ist die Realität in dieser Branche oft von Ausbeutung, unbezahlten Überstunden und Scheinselbstständigkeit geprägt. Subunternehmen nutzen Gesetzeslücken aus, um Löhne zu drücken und Arbeitnehmerrechte zu umgehen.

Wir haben bereits wichtige Schritte unternommen, um diese Missstände zu bekämpfen. Mit dem Paketboten-Schutzgesetz haben wir die sogenannte Nachunternehmerhaftung eingeführt. Das bedeutet, dass große Paketkonzerne für ihre Subunternehmen verantwortlich sind. Im Oktober 2025 haben wir im Bundestag das Paketboten-Schutzgesetz entfristet. Zudem haben wir den gesetzlichen Mindestlohn mehrfach deutlich angehoben, wovon gerade die Menschen in dieser Branche profitieren.

Auch die Kontrollen durch den Zoll haben wir verschärft, um schwarze Schafe schneller aus dem Verkehr zu ziehen.

Wir als SPD kämpfen weiter für ein konsequentes Verbot von Werkverträgen und Subunternehmerketten bei der Paketzustellung. Wer Pakete austrägt, muss direkt bei den großen Anbietern fest und fair angestellt sein.

Meine Berichterstattungen in A&S:

- ☒ Mindestlohn
- ☒ Rente
- ☒ Kooperation der Sozialversicherungsträger
- ☒ Soziale Selbstverwaltung
- ☒ SGB IV (gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung)
- ☒ Sozialwahlen
- ☒ Europäischer Sozialversicherungsausweis
- ☒ Entsendung, Entsenderichtlinie und Arbeitnehmerentsendegesetz
- ☒ Europäische Sozialversicherungsabkommen
- ☒ EU-Lieferkettengesetz
- ☒ Bundestariftreuegesetz, Allgemeinverbindlichkeit und Tariftreue
- ☒ Sozialkassenverfahren
- ☒ Kirchliches Arbeitsrecht
- ☒ Körperlich belastende Berufe
- ☒ Kurier-, Express- und Paketdienstbranche



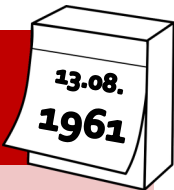
Pixabay / nikolayhg

MEHR GELD

FÜR LÄNDER UND KOMMUNEN

Mit insgesamt rund vier Milliarden Euro wird der Bund Länder und Kommunen bis einschließlich 2029 finanziell unterstützen. Für mich ist diese Entlastung ein starkes Zeichen der Solidarität des Bundes mit den Ländern und Kommunen in harten Zeiten: Um 250 Millionen jährlich werden die von Altschulden betroffenen Länder entlastet, die ostdeutschen Länder um je 350 Millionen und die finanzschwachen Städte und Gemeinden um 400 Millionen. Das wird dazu beitragen, die Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen. Außerdem haben wir den Anteil der ostdeutschen Länder an den Aufwendungen der Rentenversicherung aus DDR-Zeiten in den Jahren von 2026 bis 2029 von 50 Prozent auf 40 Prozent reduziert. Der Anteil des Bundes steigt entsprechend von 50 Prozent auf 60 Prozent. Das gibt den ostdeutschen Ländern in den kommenden Jahren deutlich bessere finanzielle Spielräume. Ausreichend ist das aber nicht. Deshalb müssen wir auch strukturelle Fragen angehen. Das betrifft die Aufgabenseite, etwa die Sozialabgaben, aber auch die Finanzausstattung. So käme beispielsweise eine Erbschaftssteuer den Ländern und Kommunen zugute. Daran arbeiten wir.

KALENDERBLATT



13.08.
1961

65 JAHRE BERLINER MAUERBAU

Am 13. August 2026 jährt sich der Bau der Berliner Mauer zum 65. Mal. In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 riegelte die SED-Führung Berlin ab. Aus Stacheldraht wurde eine Mauer aus Beton, Wachtürmen und Grenzanlagen. Sie trennte Familien, Freunde und Nachbarn und wurde zum Symbol von Teilung und Unfreiheit. Für die SPD ist diese Zeit eng mit Willy Brandt verbunden. Als Regierender Bürgermeister stand er an der Seite der Menschen, machte Mut und verteidigte die Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde. Sein Handeln zeigt: Politik muss Brücken bauen, nicht Gräben vertiefen.

Die Berliner Mauer fiel 1989. Doch auch heute erleben wir neue Mauern. Nicht aus Beton, sondern in den Köpfen. Menschen ziehen sich in ihre eigenen Wirklichkeiten zurück, reden übereinander statt miteinander und verlieren den Blick für das Gemeinsame. Gerade deshalb lohnt der Blick auf Willy Brandt. Sein Vermächtnis war Dialog statt Ausgrenzung, Zusammenhalt statt Spaltung. Und doch gibt es eine Mauer, die stehen bleiben muss: die demokratische Brandmauer gegen Rechtsextremismus und gegen eine AfD, die unsere freiheitliche Demokratie immer wieder infrage stellt. Während die Berliner Mauer Menschen trennte, schützt diese Brandmauer unsere demokratischen Grundwerte. 65 Jahre nach dem Mauerbau bleibt die Aufgabe aktuell: Brücken bauen, im Gespräch bleiben — und dabei unsere Demokratie entschlossen verteidigen.

VOR ORT

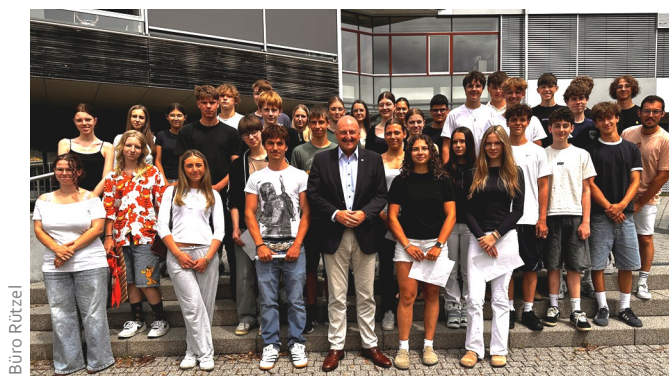
25 JAHRE VER.DI-BEZIRK WÜ/AB



Bernd Rützel

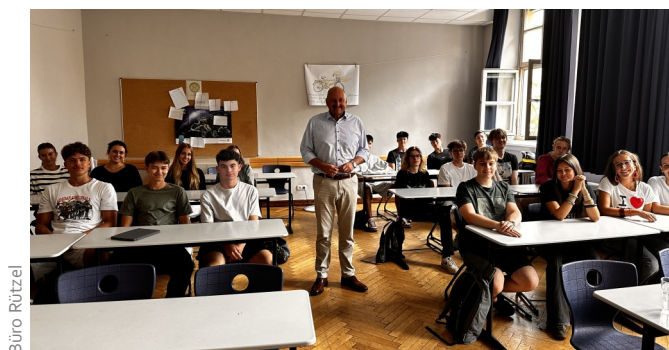
Seit 25 Jahren ist Ver.di im Bereich von Würzburg/Aschaffenburg nun für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Dienstleistungsberufen aktiv. Das ist aller Ehren wert und gehört gebührend gefeiert. Umso mehr habe ich mich über die Einladung zur Jubiläumsfeier gefreut, hier im Bild (v.l.) mit der Ver.di-Kreisvorsitzenden für Main-Spessart Barbara Otter, Gewerkschaftssekretär Stefan Kimmel und dem ehrenamtlichen Vorsitzenden des Bezirksvorstands von ver.di Würzburg-Aschaffenburg, Marcus Scheder. Am 22. Mai 2001 hatten sich die fünf Gründungsgewerkschaften ÖTV, DAG, HBV, IG Medien und DPG in Würzburg zusammengeschlossen, mit dem Ziel: Die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus unterschiedlichen Branchen stärker und einheitlicher vertreten. Ermöglicht hat das eine effektivere Tarifpolitik, verbesserte Arbeitsbedingungen und eine stärkere Mitbestimmung vor Ort. Die Zusammenarbeit der ehemals eigenständigen Gewerkschaften hat damit den Grundstein für eine solidarische Vertretung der Beschäftigten in der Region gelegt. Herzlichen Dank dafür!

AUSTAUSCH MIT SCHULKLASSEN



Büro Rützel

Ob „Besondere Sozialkundestunde“ an der Schule oder Info-Gespräch im Bundestag: Der Austausch mit Schulklassen ist mir ein Herzensanliegen. So stand ich zuletzt Schülerinnen und Schülern der 10. Klassen am Gymnasium Veitshöchheim (oben) Rede und Antwort und stellte mich am Röntgen-Gymnasium Würzburg den Fragen von Elftklässlern.



Büro Rützel

SINNBRÜCKE SCHAIPPACH

Die Sanierung der historischen Sandsteinbogenbrücke schreitet voran. Aktuell kommen die Spund-



Bernd Rützel

wände und der Schotter raus, dann fließt die Sinn wieder normal durch das Bauwerk. Derzeit ist die Fellener Baufirma Haas mit den letzten Mauerarbeiten beschäftigt. Ich habe mir vor Ort einen Eindruck vom Baufortschritt verschafft.

LOHRER FESTWOCHE

Die Eröffnung der Lohrer Festwoche ist immer wieder ein Erlebnis. Man trifft hier so viele spannende Persönlichkeiten und alte Freunde. Es ist mir immer wieder ein Fest!



Bernd Rützel



PARTEI

NEUER BEZIRKSVORSTAND



SPD Unterfranken

Die UnterfrankenSPD hat eine neue Spitze. Herzlichen Glückwunsch an Pamela Nembach (MSP) und Markus Hümpfer (SW), die den Bezirksverband nun als Doppelspitze führen. Ich habe nicht mehr kandidiert und bedanke mich nach 12 Jahren als Bezirksvorsitzender ganz herzlich für das Vertrauen und die gute Zusammenarbeit. Mehr gibt es ► **HIER** ◄

UNSERE BILANZ 2025/2026

Zusammen erreicht.

Erfolge 2025/2026

GASTBEITRAG

Büro Martina Fehlner



**VON MDL
MARTINA FEHLNER**

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im viel zu warmen Hotelzimmer ist an Schlaf kaum zu denken. Unangenehmes Schwitzen auch in Bus und Bahn, weil die Klimatisierung ausgefallen ist. Die Stadtführung in der prallen Mittagssonne: alles andere als ein sommerliches Kulturvergnügen. Die zurückliegenden Hitzewochen haben das Reisen in Bayern mitunter zur Belastung werden lassen. Extreme Temperaturen haben auch dem Freistaat kalt schmerzlich aufgezeigt, wie ungenügend das beliebteste deutsche Reiseziel auf den Klimawandel vorbereitet ist.

Hitzeperioden mit Wasserknappheit und Waldbränden, Niedrigwasser in Flüssen und Algen in Badeseen sowie Unwetterereignisse mit Starkregen und Überschwemmungen werden uns in Zukunft immer öfter begleiten. All dies stellt auch unsere Tourismusbranche vor Herausforderungen. Ob es ihr gelingt, sich den Klimaveränderungen anzupassen, wird entscheidend für den Erfolg von „Urlaub in Bayern“ sein.

Für Tourismusbetriebe und Freizeiteinrichtungen bringt der Klimawandel einen großen Investitionsbedarf: in nachhaltige Klimatisierung, Dämmung, Sonnenschutz, Maßnahmen zur Wassereinsparung. Besonders kleinen Betrieben fehlt es dafür oft an Geld.

Gefordert sind aber auch die Kommunen: schatten spendende Bäume entlang von Straßen und an Plätzen und öffentliche Trinkbrunnen sorgen für mehr Aufenthaltsqualität an Hitzetagen. Werden Dächer und Fassaden begrünt, asphaltierte Flächen entsiegelt, Retentionsbecken für Regenwasser nach dem Schwammstadtprinzip angelegt, können die Städte besser mit Hitze und Starkregen umgehen. Doch zur Bewältigung dieser gewaltigen Aufgaben brauchen sie die Unterstützung des Freistaats. Das neue Förderprogramm „Kommunaler Klimaschutz“ bleibt aber massiv unterfinanziert.

Der bayerische Tourismus ist in besonderem Maße auf eine intakte Natur angewiesen. Wenn ganze Landstriche vertrocknen, Waldbrände wüten, ist das nicht das Bild, das Urlauber von Bayern erwarten. Wenn an bayerischen Seen Badeverbote gelten, ist das ein Fiasko für die lokale Tourismuswirtschaft. Deshalb hat meine Fraktion die Staatsregierung aufgefordert, die betroffenen Kommunen finanziell und fachlich mit einem Sofortprogramm zu unterstützen.

Angesichts dieser schwierigen Problemlage darf es keine Verschiebung der Klimaziele geben, wie es von der Staatsregierung beabsichtigt ist. Der Klimawandel wird nicht innehalten. Er wird fortschreiten. Nun liegt es an uns, zu entscheiden, wie wir damit umgehen. Für einen klimaresilienten und klimaneutralen Tourismus in Bayern setze ich mich als Abgeordnete im Bayerischen Landtag auch in Zukunft mit Nachdruck ein.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de